

---

# Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina

## Jahresbericht 2025

### 1. Einleitung

Die Aktivitäten des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina (fortan: Forum) wurden 2025 dominiert von den humanitären und völkerrechtlichen Folgen der israelischen Kriegsführung im Gazastreifen als Reaktion auf den Angriff der Hamas sowie von den politischen Auswirkungen in der Schweiz. Die humanitäre Notlage im Gazastreifen, die Restriktionen in der Bereitstellung humanitärer Hilfe, die Eskalationen im Westjordanland sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz stellten die thematischen Schwerpunkte dar.

Betreffend die **völkerrechtlichen Implikationen** der israelischen Kriegsführung hat der Internationale Gerichtshof (fortan: IGH) am 22.10.2025 in einem Gutachten festgehalten, dass die israelische Kriegsführung die Einhaltung der Verpflichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung versäumt und damit völkerrechtliche Prinzipien verletzt habe. Der IGH hat ausserdem die Verpflichtung Israels bekräftigt, mit humanitären Hilfsorganisationen zu kooperieren und ihre Arbeit zu unterstützen. Hervorgehoben wird das UNO-Palästinenserhilfswerk **UNRWA**, dessen Arbeit und Expertise im Gazastreifen der IGH als «unersetzbar» bezeichnet. Das von Israel 2024 gesetzlich beschlossene Verbot der UNRWA sei rückgängig zu machen und das Personal und die Infrastruktur der Organisation zu schützen. Die israelischen Vorwürfe an die UNRWA, von der Hamas infiltriert zu sein, hat der IGH als nicht ausreichend begründet zurückgewiesen.<sup>1</sup>

Weiter fordern die israelischen Behörden im Rahmen einer veränderten **Registrierungspraxis** von internationale Hilfsorganisationen (fortan: INGO), Personendaten ihrer lokalen Mitarbeiter:innen offenzulegen, was das völkerrechtliche Prinzip der Unabhängigkeit der

---

<sup>1</sup> [International Court of Justice. Advisory Opinion : Obligations of Israel in relation to the presence and activities of the United Nations, other international organizations and third states in and in relation to the occupied Palestinian territory \(22 October 2025\).](#)

humanitären Hilfe verletzt und potentiell die Sicherheit dieser Mitarbeiter:innen gefährdet.<sup>2</sup> Am 30.12.2025 sind 37 INGO, die u.a. im Gazastreifen in der Bereitstellung von humanitärer Hilfe involviert sind, darüber informiert worden, dass ihre Registrierung per Jahresende auslaufe.<sup>3</sup>

Mehrere Organisationen haben die israelische Kriegsführung als Völkermord eingestuft, darunter die UNO-Untersuchungskommission zum palästinensischen Gebiet<sup>4</sup>, die UNO-Sonderberichterstatterin für Menschenrechte im palästinensischen Gebiet<sup>5</sup>, die *International Association of Genocide Scholars*<sup>6</sup> sowie internationale und israelische NGOs aus dem humanitären und menschenrechtlichen Sektor<sup>7</sup>. Noch nicht beantwortet ist die von Südafrika 2023 vor dem Internationalen Gerichtshof eingeleitete Klage gegen Israel aufgrund Verletzungen der Völkermord-Konvention<sup>8</sup>.

Das Forum hat auf diese Entwicklungen mit einer im Vergleich zu den Vorjahren gestiegenen Zahl an Stellungnahmen reagiert, um die Aufforderungen der internationalen Gerichte zu unterstützen und an die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz zu erinnern.

## 2. Entwicklungen in der Schweizer Politik

### 2.1. Übersicht der politischen Vorstösse

Die Sicherheitslage in den palästinensischen Gebieten und in Israel und die humanitären und völkerrechtlichen Folgen haben das Schweizer Parlament während aller vier Sessionen beschäftigt. Hervorzuheben ist die **Ausserordentliche Session Gaza** während der Herbstsession. Im Anschluss der Debatten haben die Räte über die inhaltsgleichen Motionen

<sup>2</sup> [UN OCHA. UN agencies and NGOs call for immediate lifting of impediments to humanitarian access and NGO operations in the Occupied Palestinian Territory \(17 December 2025\).](#)

<sup>3</sup> [UN News. 53 International NGOs warn Israel's recent registration measures will impede critical humanitarian action \(02.01.2026\).](#)

<sup>4</sup> [UN Office of the High Commissioner of Human Rights. Israel has committed genocide in the Gaza Strip, UN Commission finds \(16.09.2025\).](#)

<sup>5</sup> [Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in the Palestinian territories occupied since 1967, Francesca Albanese. Gaza genocide: A collective crime \(20.10.2025\).](#)

<sup>6</sup> [IAGS Resolution on the Situation in Gaza \(31.08.2025\).](#)

<sup>7</sup> [Médecins Sans Frontières; Amnesty International; Medico International; The Israeli information center for human rights Btselem; Physicians for Human Rights Israel.](#)

<sup>8</sup> [International Court of Justice. Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip \(South Africa v. Israel\).](#)

25.3560<sup>9</sup> bzw. 25.3561<sup>10</sup> abgestimmt. Von den jeweils fünf Forderungen der beiden Motionen ist nur die Forderung an den Bundesrat, «gegen die schwersten im Gaza-Krieg begangenen Verbrechen vorzugehen, den freien Zugang zu humanitärer Hilfe im Gazastreifen sicherzustellen und die bedingungslose Freilassung aller Geiseln und politischen Gefangenen zu erreichen», angenommen worden. Die restlichen vier Forderungen, die konkrete politische Massnahmen forderten, sind abgelehnt worden.

Noch in der Herbstsession 2024 hat der Nationalrat eine Motion des SVP-Nationalrats David Zuberbühler<sup>11</sup> angenommen, die eine sofortige **Einstellung der Schweizer Beiträge an die UNRWA** forderte. Darauf beschloss der Bundesrat, keine Beiträge mehr an die UNRWA freizugeben, bis das Parlament abschliessend über die Motion entschieden hat. Der Ständerat hat in der Frühlingssession 2025 die Motion abgelehnt und damit einen sofortigen Finanzierungsstopp der UNRWA durch die Schweiz abgewendet<sup>12</sup> (siehe 3.1).

Die **insgesamt 82 parlamentarischen Vorstösse** im Jahr 2025 zu Israel/Palästina betrafen in 41 Fällen die israelische Kriegsführung im Gazastreifen und ihre völkerrechtliche Beurteilung, die humanitären Folgen sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz. Darin enthalten sind 12 Vorstösse, die politische Massnahmen fordern im Bereich der Rüstungszusammenarbeit, des Imports von Produkten aus völkerrechtlich illegalen Siedlungen sowie im Wissenstransfer mit dem Rüstungs- und Technologiesektor.

## 2.2. Positionen der Schweiz

Die offizielle Schweiz hat sich 2025 mehrfach zur Lage im Gazastreifen und im Westjordanland geäussert und ihre Besorgnis über die humanitären Folgen der israelischen Kriegsführung sowie die Restriktionen in der Lieferung humanitärer Hilfsgüter ausgedrückt<sup>13</sup>. Die Schweiz hat 2025 ausserdem 43 Millionen Franken für die humanitäre Hilfe in der Region gesprochen<sup>14</sup>.

<sup>9</sup> [Motion 25.3560: Israelische Verbrechen im Gazakrieg. Massnahmen zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts und zwingenden Völkerrechts.](#)

<sup>10</sup> [Motion 25.3561: Verbrechen Israels im Gaza-Krieg. Massnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung des humanitären und des zwingenden Völkerrechts.](#)

<sup>11</sup> [Motion 24.3194: Sofortige Einstellung der Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten \(UNRWA\).](#)

<sup>12</sup> [SDA. Ständerat gegen sofortigen Zahlungsstopp für Palästinenserhilfswerk.](#)

<sup>13</sup> [Die Lage im Nahen Osten. Eidgenössisches Departement für Auswärtige Angelegenheiten.](#)

<sup>14</sup> [Der Bundesrat bewilligt 20 Millionen Franken für die humanitären Bedürfnisse der Bevölkerung im Besetzten Palästinensischen Gebiet und für die UNRWA-Programme in Jordanien, im Libanon und in Syrien \(21.05.2025\); Unterstützung für den «Gaza Peace Plan» \(26.11.2025\).](#)

Die erwähnten Summen wurden zur Unterstützung multilateraler Organisationen verwendet. Darin enthalten sind 11 Millionen für das UNO-Palästinenserhilfswerk UNRWA, jedoch ausschliesslich zur Finanzierung von Aktivitäten ausserhalb der palästinensischen Gebiete. Weiterführende Massnahmen in Zusammenhang mit völkerrechtlichen Verletzungen in Israel/Palästina hat die Schweiz nicht beschlossen.

Nicht durchgeführt hat die Schweiz eine für den 07.03.2025 geplante **Konferenz der Hohen Vertragsstaaten** der Genfer Konventionen. Einen Tag vor dem geplanten Konferenzdatum wurde der Verzicht auf die Durchführung mitgeteilt, da «zahlreiche Hohe Vertragsparteien eine solche Konferenz nicht unterstützen»<sup>15</sup>. Ob die Konferenz nachgeholt wird, ist offen.

### 3. Aktivitäten des Forums 2025

#### 3.1. Politisches Lobbying

Im Vergleich zum Vorjahr hat das Forum 2025 seine Aktivitäten im politischen Lobbying intensiviert und die Mitglieder des Parlaments - und insbesondere der Aussenpolitischen Kommissionen - zu völker- und menschenrechtlichen Perspektiven betreffend die Entwicklungen in Israel/Palästina informiert. Punktuell hat das Forum seine Aktivitäten mit anderen Schweizer Organisationen, insbesondere aus dem humanitären Sektor, koordiniert.

Schwerpunkte des Engagements des Forums bildeten die Behandlung der Motion für einen sofortigen Finanzierungsstopp der UNRWA<sup>16</sup> im Ständerat (siehe 2.1.), die Unvereinbarkeit der von Israel und den USA installierten *Gaza Humanitarian Foundation* (GHF) mit den völkerrechtlichen Prinzipien der humanitären Hilfe und die damit verbundenen Risiken für die Zivilbevölkerung, sowie die generelle Verpflichtung der Schweiz zur Unterstützung der humanitären Hilfe und ihrer anerkannten Akteur:innen gemäss des IGH-Gutachtens vom Oktober 2025 (siehe 1.). Auch die völkerrechtlichen Verpflichtungen von Drittstaaten gemäss dem IGH-Gutachten vom Juli 2024<sup>17</sup> zur Illegalität der israelischen Besetzung der palästinensischen Gebiete sind weiter thematisiert worden.

<sup>15</sup> [Die für den 7. März 2025 geplante Konferenz von Hohen Vertragsparteien der Genfer Konventionen findet nicht statt \(06.03.2025\).](#)

<sup>16</sup> [Motion 24.3194: Sofortige Einstellung der Beiträge an das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten \(UNRWA\).](#)

<sup>17</sup> [International Court of Justice. Advisory Opinion of 19 July 2024 : Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem.](#)

---

Zusätzlich hat das Forum in allen vier Parlamentssessionen Fragen zur Einreichung an den Bundesrat vorbereitet.

Ausserhalb der Sessionen hat das Forum ein Treffen von zwei Völkerrechtsexpert:innen des Jerusalemer IHL-Centres von Diakonia mit einem Mitglied der Aussenpolitischen Kommission organisiert und begleitet.

### 3.2. Öffentlichkeitsarbeit und Medien

Die Koordinationsstelle hat im Berichtsjahr in mehreren Einzelgesprächen mit Schweizer Medienschaaffenden die Positionen des Forums aufgeführt und die Berichterstattung zum israelisch-palästinensischen Konflikt thematisiert. Das Forum hat sich 2025 in **sieben öffentlichen Stellungnahmen** zur humanitären und menschenrechtlichen Lage in Israel/Palästina geäussert<sup>18</sup>. Die Stellungnahmen sind von mehreren Mitgliedsorganisationen des Forums verwendet und an Schweizer Medienschaaffende versendet worden.

Neben den eigenen Stellungnahmen hat das Forum im Januar 2025 einen von *Handicap International* vorbereiteten und von 19 NGOs unterstützten Brief zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen zum Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung unterzeichnet. Das Forum war auch Mitunterzeichner eines von *Amnesty International Schweiz* und mehreren zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vorbereiteten und am 27.05.2025 publizierten offenen Briefs an den Schweizer Bundesrat<sup>19</sup>.

Das Forum hat im Februar 2025 ein Gespräch mit dem palästinensischen Schriftsteller und ehemaligen Politiker Atef Abu Saif und zu seinem Buch über den Krieg im Gazastreifen mitorganisiert und moderiert. An dem Gespräch nahmen rund 20 eingeladene Gäste teil.

*Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina ist ein Zusammenschluss der folgenden 12 Nichtregierungsorganisationen in der Schweiz, die sich für einen menschenrechtsbasierten Ansatz im Nahostkonflikt einsetzen.*

- *Amnesty International Schweiz*

---

<sup>18</sup> [Stellungnahmen des Forums für Menschenrechte in Israel/Palästina.](#)

<sup>19</sup> [«Schweizer Verantwortung für den Schutz des Völkerrechts in Gaza: Dringender Appell» \(27.05.2025\).](#)

- *Frieda - Die feministische Friedensorganisation*
- *Gerechtigkeit und Frieden in Palästina*
- *Gesellschaft Schweiz-Palästina*
- *Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz HEKS/EPER*
- *Horyzon*
- *Ina altra senda - Swiss Friends of Combatants for Peace*
- *Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina*
- *Médecins du Monde Suisse*
- *medico international schweiz*
- *Bereich OeME-Migration der ref. Kirchen Bern-Jura-Solothurn*
- *Peace Watch Switzerland*